

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ZWÖLFTES JAHR DEZEMBER 1961

# 12

ULRICH LOHMAR

## Der Mensch in der Industriegewelt und sein Lebensraum

### I

Die Frage nach dem Lebensraum des Menschen in der Industriegewelt — das ist ein Thema, über das große Gelehrte, entschlossene Politiker, unbeirrbar Idealisten nachgedacht haben. Es ist zugleich die Frage, auf die eine große und mutige Bewegung seit hundert Jahren auch in Deutschland ihre Antworten gesucht und gegeben hat.

Man muß nicht einmal Marxist sein, um zu sagen, daß das bestimmende Kennzeichen der Situation des Menschen in der Industriegewelt seine Selbstentfremdung ist. Wohl haben viele lange Zeit der Auffassung angehangen, diese Selbstentfremdung sei eine Sache, die lediglich etwas mit den Produktionsmitteln zu tun habe, und man müsse eben nur das private Eigentum an diesen Produktionsmitteln durch ein staatliches oder ein gesellschaftliches Eigentum ersetzen, um aller Sorgen ledig zu sein. Die Kommunisten haben aus dieser Ansicht sogar ein Dogma gemacht.

Wir wissen heute, daß das nicht so ist. *Karl Marx* war ja kein Religionsstifter. Er wollte mit seiner gesellschaftlichen Analyse einige Schneisen schlagen in den Wald der Probleme, die die beginnende Industrialisierung schon im vorigen Jahrhundert aufgeworfen hatte. Aber er konnte natürlich nicht voraussehen — da er kein Prophet sondern Wissenschaftler war —, welche Fragen das 20. Jahrhundert für seine Bürger stellen würde. Um so bemerkenswerter ist es, daß der Kern seiner Überlegungen, die Feststellung der Selbstentfremdung des Menschen, sich über hundert Jahre hinweg als richtig erwiesen hat. Die Beobachtung von *Karl Marx*, der Mensch sei in der Industriegewelt sich selbst entfremdet worden, hat eine viel weitere und umfassendere Gültigkeit, als er selbst angenommen hat.

Ich möchte auf einige Tatbestände hinweisen, die diese Selbstentfremdung des modernen Menschen zugleich begründen und kennzeichnen. Wir wollen dabei davon ausgehen, daß ein Mensch nicht zu sich selber finden kann, der nicht alle in ihm angelegten Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Entfaltung zu bringen vermag.

Die Bundesrepublik, der westliche Teil unseres Vaterlandes, hat in den vergangenen zwölf Jahren die Ideologie der sogenannten sozialen Marktwirtschaft entwickelt. Sie ist von dem, was der Bundeswirtschaftsminister Prof. *Erhard* darunter verstehen möchte, ebensoweit entfernt wie das Verhalten mancher Christen von den Zehn Geboten. Genauer betrachtet ist diese Wirtschaft weder im vollen Sinne sozial noch sichert sie

einen freien Markt, einen ungehinderten Wettbewerb; aber das mag hier dahingestellt bleiben. Wichtig ist, daß diese Wirtschaftsform einseitig gegründet ist auf den Egoismus der Menschen. Sie setzt weniger eine hohe Sparrate voraus, wenn sie funktionieren soll, sondern vielmehr eine ständige Ausweitung des Verbrauchs. Sie führt dazu, daß wir einen Überfluß an Unnötigem bei wenigen und für viele einen Mangel an Notwendigem beobachten müssen. Die Marktwirtschaft in ihrer jetzigen in Westdeutschland gehandhabten Form läßt die Neigung und die Fähigkeit des Menschen zur Gemeinschaft, zur Solidarität, zum Miteinander verkümmern, weil sie ausschließlich an seinen Willen zu einem höheren Lebensstandard appelliert. Sie hat deshalb, worauf der Hamburger Volkswirtschaftler *Heinz-Dietrich Ortlieb* kürzlich hingewiesen hat, eine desintegrierende Wirkung auf den Zusammenhalt von Gruppen, Gemeinschaften, Staat und Volk. Sie fördert eine moderne Form der Selbstentfremdung, die Tendenz zur Isolierung des Menschen auf sein privates Erfolgsstreben hin.

## II

Eine andere Erscheinungsart der Selbstentfremdung begegnet uns in der Freizeitverwendung der Menschen in unseren Tagen. Den Gewerkschaften ist es in jahrzehntelangen und harten sozialen Auseinandersetzungen gelungen, über den Achtstundentag hinaus allmählich eine kürzere Arbeitszeit zu erreichen. In diesen erweiterten Raum der Freizeit ist die Freizeitindustrie hineingestoßen. Sie unterhält die Menschen auf vielerlei Art. Die illustrierten Zeitungen erreichen Millionenaufgaben; die Zahl der verkauften Exemplare steht dabei in umgekehrtem Verhältnis zur Qualität. Der Film, insbesondere der deutsche Film, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Menschen in eine soziale Traumlandschaft zu versetzen. Die Stars sind an die Stelle von Vorbildern getreten, die Kulisse einer Welt des Reichtums und des Nichtstuns bestimmt die meisten Filme, die bei uns gedreht werden. Einige rühmliche Ausnahmen lassen diesen Tatbestand nur um so deutlicher sichtbar werden. Der Mensch soll im Kino seinen Alltag vergessen, aber es geschieht selten etwas, um ihn zu lehren, wie er diesen Alltag bewältigen könnte. Im Sport beobachten wir, um ein anderes Beispiel zu erwähnen, bei den Fußballspielen und bei den Boxkämpfen, daß die Zahl der Zuschauer ständig wächst. Sie geht bei den Länderspielen in die Hunderttausende. Gleichzeitig sinkt die Zahl derjenigen, die selber irgendeinen Sport betreiben.

Das Fernsehen, dieses heute schon mächtigste Medium der öffentlichen Meinungsbildung, möchte ich ebensowenig wie den Hörfunk einfach hier einordnen. Ich habe den Eindruck, daß gerade das Fernsehen durch seine unmittelbare Berichterstattung über Theateraufführungen, soziale und politische Probleme, zeitgeschichtliche Diskussionen sehr viel zur Auflockerung verhärteter Verhaltensstrukturen gerade in manchen Landgebieten der Bundesrepublik tun kann und tut. Bei dem wachsenden Einfluß des Bildschirms kommt hier alles darauf an, ob es gelingt, das Fernsehen unabhängig zu halten von der Diktatur der Quizmaster und ihres Publikums, und es wird ebenso wichtig sein, dieses meinungsbildende Mittel nicht einer oder mehreren politischen oder weltanschaulichen Gruppen auszuliefern. Das Bundesverfassungsgericht hat hier im vergangenen Jahr zunächst solchen Versuchen einen Riegel vorgeschoben. Hoffen wir, daß er hält.

Kurzum: Wir haben es bei der Mehrheit unserer Mitbürger nicht mit einer Freizeitgestaltung im Sinne dieses Wortes zu tun, sondern mit einer Freizeitverwendung. Die meisten Mitbürger sind auch in ihrer Freizeit zu Verbrauchern, zu Statisten geworden. Die Folge davon ist eine Einebnung und Angleichung, eine Uniformität des Denkens, des Stilempfindens und des Geschmacks. Das Ergebnis ist, um an einen Begriff von *Helmut Schelsky* anzuknüpfen, der nivellierte Mittelstandsbürger.

Im Staat, in der Politik der Bundesrepublik schließlich sehen wir uns einer Entwicklung gegenüber, die auf ein stabiles Bündnis von Großindustrie, staatlicher Bürokratie und Staatskirchentum hinauslaufen kann. Diese Politik hemmt die private Initiative, die Mitverantwortlichkeit des Bürgers. *Walter Dirks* hat einmal gesagt, das Kennzeichen des echten Rechts sei es, nichts ohne Not zu ändern, der Wille der lauterer Linken aber bleibe es, das Notwendige zu tun. Genau in diesem Sinne war die bisherige Politik in der Bundesrepublik rechts, und in eben diesem Sinn von *Walter Dirks* bleibt es deshalb vordringlich, das Notwendige zu tun. Nun gibt es im Staat nicht nur, sondern ebenso unter den Bürokraten in der Wirtschaft, der Politik, der großen Organisationen die absonderliche Auffassung, die Angehörigen der Bürokratien eben seien es, die genau wüßten, was notwendig ist und was uns frommt. Die Bürokratisierung unserer gesamten Gesellschaft hat ein solches Ausmaß erreicht, daß man hier von einer vierten Bedrohung der Freiheit, des Lebensraumes der Staatsbürger, sprechen muß.

Ich wende mich nicht gegen die Notwendigkeit einer staatlichen Verwaltung, ich polemisiere nicht gegen die Nützlichkeit von politischen und sozialen Organisationen. Worum es hier geht, ist etwas ganz anderes. Die Bürokraten sind dabei, *das Recht auf Entscheidungen bei sich zu monopolisieren*. Sie verdichten dabei das Argument, über die größere Sachkenntnis zu verfügen, zu einer Ideologie, die, wenn sie sich durchsetzen würde, die *Entpolitisierung unserer Gesellschaft* beschleunigen müßte. Die Folge davon ist, daß sich der Durchschnittsbürger dann mehr und mehr mit aktuellen, sentimental und sensationellen Themen beschäftigt, auf solche Themen abgedrängt wird, wie es *Robert Michels* schon vor 50 Jahren heraufziehen sah.

Dieses Gewicht der Bürokratien zeigt sich in dem immer größer werdenden Anteil z. B. der Abgeordneten des Bundestages, die als Beamte von Berufs wegen in der staatlichen Exekutive tätig sind und die dann im Parlament sozusagen über ihre eigenen Belange entscheiden. Diese Tendenz wird deutlich in dem unmittelbaren Einfluß der Funktionäre von allen möglichen Wirtschaftsverbänden auf das politische Geschehen. Wer könnte denn übersehen, daß die neue Bundesregierung unter dem massiven Druck des Bundesverbandes der Deutschen Industrie gebildet wurde?

Ein auf den sozialen Ausgleich angelegtes, von der Idee der Partnerschaft bestimmtes Experiment wie das der *Mitbestimmung der Arbeitnehmer* droht sich an der Macht der Bürokratien in den größten Unternehmen totzulaufen. Selbst in den Städten und Gemeinden, wo wir mit Stolz die Tradition der kommunalen Selbstverwaltung hüten wollen, zeigt sich eine zunehmende Entmachtung der gewählten Volksvertretungen gegenüber dem steigenden Einfluß der Verwaltungen. Diese Entwicklung konnte sich um so leichter durchsetzen, als wir im Gegensatz zur Schweiz in der Stadt und in der Gemeinde nicht das Referendum, den unmittelbaren Entscheid der Bürger über irgendeine Sachfrage, kennen.

Die Macht der Bürokratien begünstigt eine Einengung des Lebensraumes des Staatsbürgers auf das, was schon die Römer ihren Untertanen zuteil werden lassen wollten: Gebt dem Volk Brot und Spiele, und es wird zufrieden sein. Das aber kann nie und nimmer dem Menschenbild der Demokratie entsprechen. *Die Demokratie wird so stark oder so schwach sein, wie die Anteilnahme der Bürger am öffentlichen und gesellschaftlichen Geschehen ist*. Die Weimarer Republik ist gewiß aus manchen Gründen gescheitert, aber ich halte es für eine geradezu entscheidende Schwäche dieser ersten deutschen Demokratie, daß sie an einem Mangel an Demokraten gelitten hat. Was notwendig ist, können und dürfen eben nicht die Bürokratien entscheiden. Sie sollen sich zum „Wie“ der Politik oder der Wirtschaft äußern, nicht zum „Was“. Das muß Sache aller Staatsbürger

bleiben, und eben an dieser Frage wird es sich auch erweisen, ob unsere Demokratie im Sinne von *Walter Dirks* eine falsche oder eine linke Antwort findet.

Das Verhältnis der Rechten zur Demokratie war und bleibt opportunistisch, und das in einer Zeit, wo alles darauf ankommt, die Auseinandersetzung mit der gefährlichsten Form des Totalitarismus, mit dem Kommunismus, auf der Grundlage einer festgefügtten, von der Überzeugung aller Mitbürger getragenen Demokratie zu bestehen. Durch die Stadt Berlin zieht sich seit dem 13. August die Mauer des Schreckens und des Schweigens; jenseits des Brandenburger Tors herrscht der sächsische Spießbürger und Kommunist *Walter Ulbricht*, der letzte mächtige Stalinist in Mitteleuropa. *Chruschtschow*, der augenblickliche Chef des stärksten kommunistischen Staates, hat seinen Landsleuten ein neues Programm unterbreitet. Auch dieses Programm ist eine Antwort auf die Probleme der Industriegesellschaft, aber es ist keine demokratische sondern eine totalitäre Antwort. Es ist ein Programm des totalen Wohlstandes in ferner Zukunft, eines Wohlstandes ohne Freiheit allerdings. Gibt es ein treffenderes Beispiel für den Charakter der kommunistischen Staaten als dieses, daß sie bei ihren offiziellen Zusammenkünften Marschmusik spielen, jene Marschmusik, von der *Karl Bednarik* in seiner eigenwilligen Studie über den jungen Arbeiter sagt, es sei eine Musik, die immer auf ihr Ziel zuschreite, ohne je anzukommen?

Aber sollten wir andererseits nicht ein wenig Hoffnung daraus schöpfen können, daß junge Menschen in Leningrad und Moskau, in Warschau und Budapest, in Leipzig und Ostberlin ebenso wie ihre Altersgenossen in Westberlin, Paris, London oder New York gegen die Uniformität aufbegehren, daß sie in allen Industrieländern in ihrer Kleidung, in ihrem selbstverständlichen Verhältnis zur Technik und Arbeitswelt, zur neuen Architektur und zur modernen Musik aufbegehren gegen den Kitsch und die Schablonen, die ihnen von der Freizeitindustrie des Westens und von den sogenannten sozialistischen Realisten des Ostens angeboten werden?

Nein, die Freiheit besteht nicht darin, daß ein Land den Lebensstandard des anderen überflügelt. In Freiheit zu leben heißt anders denken, urteilen und handeln zu dürfen als der Mitbürger. Wir können deshalb heute nicht Wanderer zwischen zwei Welten sein, wir müssen uns entscheiden. Und uns entscheiden bedeutet nichts anderes, als jeder Form des Totalitarismus, der Uniformität, der manipulierten Langeweile eine Staats- und Lebensordnung entgegenzustellen, die den Ehrennamen eines demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates verdient. Dieser Staat, unser Staat, muß die Selbstentfremdung des Menschen in der Industriegesellschaft in all ihren Formen überwinden, er muß den Menschen von einem, wie der amerikanische Soziologe *Riesman* es nennt, außengesteuerten Objekt zu einem selbstverantwortlichen Subjekt werden lassen. Wir brauchen keine geschlossene Ideologie gegen den Kommunismus. Jede Ideologie ist der Tod der Freiheit. Wir müssen wissen und aussprechen, daß gerade die *Vielfalt der Lebensformen* das ist, was einen freiheitlichen Staat von einer gesellschaftlichen Zwangsordnung abhebt und unterscheidet. Zu einem solchen Gemeinwesen freier Menschen müssen wir die Bundesrepublik Deutschland ausgestalten, wenn wir verhindern wollen, daß sie im Laufe der Jahre zu einer Art von Wahlmonarchie wird, wie es *Jürgen Habermas* jetzt in einer der Entwicklung Westdeutschlands gewidmeten Ausgabe der Zeitschrift *Magnum* befürchtet.

#### IV

Nun denn, was ist zu tun? Was wir brauchen, ist eine gründliche Korrektur der Wirtschaftsform des privaten Gewinnstrebens durch eine stärkere Betonung der großen und noch immer ungelösten Gemeinschaftsaufgaben. Deutschland ist in der Erziehung und Bildung, in der Forschung und Wissenschaft heute ein unterentwickeltes Land geworden.

## DER MENSCH IN DER INDUSTRIEWELT

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Willy Brandt*, hat darauf seit langem nachdrücklich hingewiesen. Zwei deutsche Schriftsteller, *Inge Aicher-Scholl* und *Otl Scholl*, haben sich dazu in einem Aufruf vor den Bundestagswahlen in diesem Herbst geäußert:

„Wieviel Nobelpreisträger hatte Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg im Vergleich etwa zu den zwanziger Jahren? Wer führt heute die Tradition der großen Techniker fort, der *Benz*, *Siemens*, *Diesel*, an denen Deutschland einmal so reich war? Selbst das Pardestück des Wirtschaftswunders, der Volkswagen, geht auf frühere Zeiten zurück. Was ist von der deutschen Universität übriggeblieben, die einmal den Ruf der deutschen Wissenschaft begründet hatte? Was haben wir getan, um die Lücken zu füllen, welche die im Dritten Reich fortgejagten Wissenschaftler hinterlassen haben? Der technische und wissenschaftliche Wettbewerb zwischen Rußland und Amerika geht über unsere Köpfe hinweg. Die wissenschaftliche Leistung steht ihrem Umfang nach im umgekehrten Verhältnis zur Zahl der Doktorhüte. Wo sind die Nachfolger der großen Mediziner oder Architekten? Ihre Saat ging im Ausland auf. Unsere heutigen Bauprobleme versuchen wir mit zugewanderten Sizilianern zu lösen statt mit technischen Neuerungen. Übriggeblieben ist der filmgerechte Stolz, daß *Wernher von Braun* einmal ein Deutscher war... Wir sind so arm geworden, wie wir reich wurden.“

Nun, unsere Mitbürger haben im Gegensatz zu den Nordamerikanern, die sich einen jungen Präsidenten gewählt haben, die Großvaterperiode der deutschen Politik noch nicht eindeutig beendet, und es steht deshalb vor uns die große Sorge, wie wir es zuwege bringen können, den Gemeinschaftsaufgaben auch in der Bewahrung der Volksgesundheit, in der Verkehrspolitik, in der Raumordnung und Städteplanung, in der Familienhilfe und Jugendförderung die ihnen gebührende Beachtung zu verschaffen.

Hierher gehört auch die Forderung, die in der Grünen Charta von der Mainau im April 1961 erhoben worden ist. Es heißt darin:

„Wir wissen, auch Technik und Wirtschaft sind unerläßliche Voraussetzungen unseres heutigen Lebens. Die natürlichen Grundlagen von Technik und Wirtschaft können aber weder willkürlich ersetzt noch beliebig vermehrt werden. Deshalb ist es notwendig, gemeinsam die Lage zu überprüfen, zu planen, zu handeln, um den Ausgleich zwischen Technik, Wirtschaft und Natur herzustellen und zu sichern. Um des Menschen willen sind der Aufbau und die Sicherung einer gesunden Wohn- und Erholungslandschaft, Agrar- und Industrielandschaft unerläßlich.“

Wir sollten die neue Bundesregierung, den vierten Bundestag, die öffentliche Meinung erneut und immer wieder auf diese Forderungen hinweisen. Es genügt nicht, einen Sozialtourismus im großen Stil zu fördern (der uns, nebenbei bemerkt, oft vergessen läßt, daß weit mehr als die Hälfte der westdeutschen Familien sich auch heute noch keine Urlaubsreise erlauben kann!), wenn bei uns zu Hause, in unserem eigenen Lande, in unseren Städten und um sie herum der Lebensraum, der natürliche und gesunde Lebensraum, für die Menschen auf dem Altar einer planlosen Wirtschaftsexpansion geopfert wird.

Wir werden unser Augenmerk darauf richten müssen, nicht einen Konsumverzicht zu predigen, aber doch und energisch für eine richtige Erziehung zum Konsum zu plädieren. Wir wollen nicht den Wirtschaftsbürger, der den Parolen einer übersteigerten Reklame blind folgt und erliegt, wir wollen auch hier *den kritischen Menschen heranzubilden*, der seinen privaten Verbrauch in einen gediegenen eigenen Lebensentwurf sinnvoll einfügt.

Wir müssen im politischen, im wirtschaftlichen, im kulturellen Leben dazu kommen, daß wir die Gestaltung, das Mittun, an die Stelle der bloßen Rezeption, der passiven Hinnahme des Geschehens setzen. Das tun zu wollen, erfordert durchgreifende Reformen im Staatj in der Bildung, im Erziehungswesen; Reformen, über die wir uns nicht nur im Grundsätzlichen, sondern in konkreten und durchdachten Entwürfen klarwer-

den und die wir dann verwirklichen müssen. Vor allem die Amerikaner haben hier mit ihrer Do-it-yourself-Bewegung gezeigt, daß der einzelne Bürger dazu im persönlichen Lebensbereich Wesentliches beitragen kann. Insbesondere in Skandinavien aber kann man eine Fülle von Anregungen empfangen, wie eine moderne Demokratie zu mehr entwickelt werden kann als zu einer geschriebenen Verfassung und einem Verwaltungsgerüst. Dort haben die Menschen begriffen, *daß Demokratie mehr ist als eine Regierungsform*. Sie muß eine Lebensform der Bürger sein, wenn sie Bestand haben soll. Das gilt vor allem auch für die Heranführung der jungen Generation an den demokratischen Staat.

Eine staatliche Hilfe wie etwa unser *Bundesjugendplan* bedarf der kritischen Überprüfung, wie man staatliche Unterstützung nicht so sehr nach dem Kartenumfang von Organisationen gewähren, sondern wie man daneben Initiative, Ideen und Gestaltungswillen von einzelnen und von Gruppen stärker fördern kann als bisher. Der in den letzten Jahren spürbar gewordenen Neigung mancher Politiker, den Bundesjugendplan in den Dienst von weltanschaulichen oder konfessionellen Missionsbestrebungen zu stellen, darf nicht weiter nachgegeben werden. Der bisherige Familienminister *Wuermeling* hätte sich, anstatt ein rückschrittliches Sozialhilfegesetz und eine Verschlechterung des Jugendwohlfahrtsgesetzes zu erzwingen, besser darum gekümmert, wie wir es erwirken können, daß junge Menschen den notwendigen Urlaub bekommen, um sich für ihre Arbeit etwa als Jugendleiter neue Anregungen zu holen. In Schweden erhalten junge Menschen acht Wochen, ja, oft ein viertel oder ein halbes Jahr Urlaub, <urn eine Volkshochschule zu besuchen. Dort gibt es 90 Heimvolkshochschulen, jeder dritte Schwede besucht eine dieser Schulen irgendwann in seinem Leben. Und das bei einer Bevölkerungszahl, die etwa der Hälfte der Einwohner von Nordrhein-Westfalen entspricht. Wir brauchen in der Bundesrepublik eine *Jugendakademie*, wir müssen junge Menschen darauf vorbereiten, in den Entwicklungsländern mitarbeiten zu können, wir müssen so vieles, so vieles besser tun als bisher. Und wir werden nicht müde werden, das alles immer und immer wieder zu fordern.

Im ganzen geht es darum, die Kluft zwischen dem privaten Leben der Menschen und dem öffentlichen Geschehen zu überwinden. Die Fremdheit, die heute zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft steht, muß aufgehoben werden. Auch die Politik ist kein Schicksal, in das man sich ergeben muß oder gegen das man sich nur ohnmächtig auflehnen könnte. Die Politik ist auch nicht die Kunst des Möglichen, sondern sie hat, wie *Carlo Schmid* einmal sagte, die Aufgabe, das Notwendige möglich zu machen. Das wollen wir tun.